

Gemeindefinanzreform – Modell der FDP

- Kurzform -

Die Gemeinden erhalten zum 1. Januar 2005 neben der Grundsteuer und den Schlüsselzuweisungen des Landes eine neue aus zwei Säulen bestehende Finanzausstattung:

I. eine **Kommunalsteuer**, die als Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben wird und deren Höhe sie selbst festsetzen;

II. einen Anteil an der **Umsatzsteuer** von 11,5 % statt der heutigen 2,2 %.

Die Gewerbesteuer wird abgeschafft.

Das Einkommensteueraufkommen steht nach geltendem Recht Bund und Ländern zu je 42,5 % und den Kommunen zu 15 % zu. Diese fixe Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer wird abgeschafft.

Der Anteil von 15 % am Einkommensteueraufkommen entspricht 11% der in den Einkommensteuerklärungen ausgewiesenen tariflichen Einkommensteuer. Der Einkommensteuertarif wird in seinem gesamten Verlauf entsprechend diesem 11 %igen Anteil an der tariflichen Einkommensteuer auf 89 % des im Jahre 2005 geltenden Tarifs abgesenkt. Der Eingangssatz des für das Jahr 2005 geltenden Tarifs beträgt dann 13,4 % (statt 15 %), der Spitzensatz 37,4 % (statt 42 %). Das so erzielte Steueraufkommen erhalten Bund und Länder je zur Hälfte. Die Gemeinden können auf die Einkommensteuer einen Zuschlag erheben, dessen Höhe sie selbst festlegen. Bei einem Zuschlag von 13 % ist die Umstellung auf die Kommunalsteuer aufkommensneutral, d.h. das Aufkommen aus abgesenkter Einkommensteuer + Kommunalsteuer entspricht dem Aufkommen der bisherigen Einkommensteuer ($89 + (89 \times 13\%) = 100$).

Die Körperschaftsteuer steht nach geltendem Recht Bund und Ländern je zur Hälfte zu. Da die Gewerbesteuer entfällt, kann der Körperschaftsteuertarif von heute 25 % angehoben werden. Er wird so weit herauf gesetzt, dass zusammen mit einem Zuschlag der Kommunen von 13 % die aktuelle Belastung der Kapitalgesellschaften – bestehend aus Körperschaft- und Gewerbesteuer – erreicht wird. Der neue Körperschaftsteuertarif beträgt 32,2 %. Ein Zuschlag von 13 % führt zur heutigen Belastung der Kapitalgesellschaften von 36,4 %.

Der Kommunalsteuersatz wird auf der Lohnsteuerkarte bzw. dem Steuerbescheid gesondert ausgewiesen. Bürger und Unternehmen sehen konkret, welchen Steuerbetrag sie an ihre Gemeinde abführen. Das Interesse an der Kommunalpolitik dürfte steigen und ein gewisser Kontrolleffekt der Bürger gegenüber den in der Gemeinde Verantwortlichen eintreten. Auch wird der Rechtfertigungsdruck in einer Gemeinde bei neuen Ausgaben zunehmen.

Die Gewerbesteuer ist als Betriebsausgabe bei der Ermittlung der einkommen- und körperschaftsteuerlichen Bemessungsgrundlage abzugsfähig und mindert also den

Gewinn und damit die Steuerschuld der Unternehmen. Außerdem können Einkommensteuerpflichtige einen bestimmten Betrag der Gewerbesteuer von ihrer Einkommensteuer absetzen. Der Wegfall der Gewerbesteuer erhöht damit das Aufkommen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer von Bund und Ländern erheblich. Als Ausgleich kann der Umsatzsteueranteil der Gemeinden zu Lasten von Bund und Ländern erhöht werden. Die Umsatzsteuer ist eine wenig konjunkturanfällige, stetige Einnahmequelle. Eine erheblich höhere Beteiligung der Gemeinden sichert ihnen eine solide und planbare Finanzausstattung.

Begründung

1. Die finanzielle Lage der Kommunen wird immer dramatischer. Die Einnahmen brechen weg, die Ausgaben steigen. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinden ist nicht mehr gewährleistet. Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite. Die Ausgaben steigen infolge neuer Aufgaben wie z.B. des Rechts auf einen Kindergartenplatz oder der Grundsicherung. Bei der Finanzierung lassen Bund und Länder, die diese Aufgaben beschlossen haben, die Gemeinden weitgehend allein. Gleiches gilt für die Zunahme der Sozialhilfeausgaben, die nicht zuletzt auf der verfehlten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Koalition beruht.

Die schlechte konjunkturelle Lage ist einer der Gründe für das Wegbrechen der Steuereinnahmen. Die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle vieler Gemeinden ist besonders betroffen. Da die Gewerbesteuer nur von relativ wenigen großen Unternehmen zu zahlen ist, kommt es bei rückläufigen Gewinnen oder sogar wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Betriebe sofort zu Einbrüchen bei den kommunalen Einnahmen.

2. Die von vielen Seiten geforderte Ausweitung des Kreises der Gewerbesteuerzahler verbietet sich angesichts hoher Arbeitslosigkeit und ausbleibenden Investitionen von selbst, ebenso die Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf gewinnunabhängige Elemente. Die mit „Revitalisierung“ oder „Modernisierung“ der Gewerbesteuer oder „Reform der kommunalen Finanzen“ kaschierten Pläne bedeuten nichts anderes als Steuererhöhungen bzw. neue Steuern und mehr Verwaltungsaufwand für viele mittelständische Betriebe und Freiberufler, also die Unternehmen, die den größten Anteil an Arbeits- und Ausbildungsplätzen stellen. Es ist mehr als fraglich, ob den Gemeindekassen auf diese Weise geholfen wird; denn höhere Kosten infolge höherer Steuern werden von den Betrieben durch Einsparungen kompensiert. Die Auswirkungen auf Investitionen und Arbeitsplätze und damit letztlich auf die Einnahmen der Gemeinden liegen auf der Hand.
3. Es führt daher kein Weg daran vorbei, die Einnahmequellen der Gemeinden auf eine breitere Basis zu stellen. Die Finanzausstattung muss einerseits verlässlich und berechenbar sein, andererseits berücksichtigen, dass den Gemeinden nach Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle mit Hebesatzrecht zusteht. Dabei ist zu beachten, dass der eigentliche Grund für die Erhebung der Gewerbesteuer überhaupt, die besondere Inanspruchnahme z.B. der kommunalen Infrastruktur durch Unternehmen, heute so nicht mehr existiert.

tiert: Alle Bürger und die Unternehmen profitieren von kommunalen Angeboten bzw. Leistungen.

Eine Neuordnung der kommunalen Finanzen darf nicht zu Steuererhöhungen für Bürger und Unternehmen führen. Die Reform der Gemeindefinanzen hat also in erster Linie zum Ziel, das Bund, Ländern und Gemeinden zustehende Steueraufkommen aufkommensneutral umzuverteilen. Substanzielle Änderungen des materiellen Steuerrechts selbst sind nicht notwendig.

4. Die FDP spricht sich dafür aus, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Die Gemeinden sollen als Ersatz an beiden großen Ertragsteuern – der Einkommen- und der Körperschaftsteuer – sowie in erheblich größerem Umfang an der Umsatzsteuer beteiligt werden. Um die Anknüpfung an die kommunale Wirtschaftskraft sicherzustellen,
 - sollen die Kommunalsteuern auf betriebliche Einkünfte der Gemeinde zustehen, in der sie erzielt werden;
 - soll Maßstab für die Verteilung des den Gemeinden zustehenden Umsatzsteueraufkommens ausschließlich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in der Gemeinde sein.

Auf diese Weise wird auch die Stadt-Umland-Problematik entschärft.

5. Der Wegfall der Gewerbesteuer ist ein wesentlicher Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts und Grundvoraussetzung für die Gleichbehandlung aller Einkunftsarten, wie sie die FDP im Rahmen einer wirklichen Steuerreform fordert. Das liberale Konzept für eine Reform der Gemeindefinanzen ist damit ein Meilenstein auf dem Weg zu einem einfachen und gerechten Steuerrecht mit niedrigen Tarifen.